

Kurzinformationen

zusammengestellt von K.-H. Krämer

Parlamentswahlen

Für Unruhe innerhalb der Regierungspartei ('Nepali Congress') sorgte einmal mehr dessen oberster Führer, Ganesh Man Singh. Er äußerte in einem Interview mit der Zeitung 'Saptahik Bimarsha' die Auffassung, die Regierung müsse zurücktreten, wenn sie weiterhin so arbeite wie zur Zeit. Dann würden die nächsten Wahlen das Ende von Demokratie und 'Nepali Congress' bedeuten. Der 'Nepali Congress' habe bei den letzten Kommunalwahlen nur deshalb so deutlich gewonnen, weil er von der Bevölkerung im Vergleich zu den Kommunisten als das kleinere Übel betrachtet werde.

Daraufhin erklärte Premierminister Girija Prasad Koirala in einem Interview mit der indischen Zeitung 'The Hindu', er halte mittelfristige Wahlen nicht für ausgeschlossen. Er fügte hinzu, er habe dies aber noch nicht mit seinen Parteikollegen besprochen. Prompt folgte im 'Deshantar' der Vorwurf des Parteivorsitzenden Krishna Prasad Bhattarai, der Premierminister habe ihn vor dieser Stellungnahme nicht konsultiert. Generalsekretär Mahendra Narayan Nidhi versuchte, die Fronten zu glätten, indem er erklärte, seine Partei denke derzeit nicht an Neuwahlen.

Man Mohan Adhikari, der Vorsitzende der oppositionellen NCP-UML, distanzierte sich von der Forderung nach mittelfristigen Wahlen. Das nepalische Volk habe dem 'Nepali Congress' die Regierungsvollmacht für fünf Jahre übertragen. Was jetzt nötig sei, sei ein Dialog. Adhikari sprach in diesem Zusammenhang von Angriffen auf Premierminister Koirala aus dessen eigener Partei heraus. Er habe bereits König Birendra aufgefordert, einem eventuellen Vorschlag zur Abhaltung mittelfristiger Wahlen nicht zuzustimmen.

Nepal-Indien

Ende Oktober besuchte der indische Premierminister, P.V. Narasimha Rao, Nepal. Er wurde mit

schwarzen Fahnen und Protestdemonstrationen linker Parteien empfangen, die Indien vorwarfen, expansionistische Gelüste zu hegen. Weiterhin wurde die Überarbeitung der Verträge zwischen Nepal und Indien gefordert. 32 Demonstranten wurden von der Polizei verhaftet, darunter die Parlamentsabgeordneten Lilamani Pokhrel, Kamal Chaulagain, Khadga Bahadur Budha und Sindhu Nath Pyakurel.

Die wichtigsten Punkte der Vereinbarungen mit Indien sind: 1. Handel: Der Export von Gütern nach Indien wird verbessert und vereinfacht. Waren, bei denen die nepalische Arbeitsleistung und der nepalische oder indische Materialanteil über 50 Prozent beträgt, können zollfrei nach Indien exportiert werden. Dies wird ggfs. durch ein Ursprungszertifikat der nepalischen Regierung garantiert. Importe aus Indien können in frei konvertierbarer Währung oder in indischen Rupien erfolgen.

2. Joint Ventures: Die Liberalisierung der Richtlinien für Investitionen indischer Unternehmer in Gemeinschaftsunternehmen in Nepal wird vereinfacht.

3. Wasserressourcen: Beide Seiten vereinbarten einen Zeitrahmen für die Untersuchungen und Vorbereitungen von Projektberichten zu den Karnali-, Pancheshwar-, Sapt-Kosi-, Budhi-Gandaki-, Kamal- und Bagmati-Projekten sowie für die Installation von Flutfrühwarnsystemen, Überschwemmungsschutzmaßnahmen und Energieaustausch. Vorrang sollen die Pancheshwar- und Budhi-Gandaki-Projekte genießen.

4. Tanakpur-Projekt: Gegenüber den Vereinbarungen vom 4./5. Dezember 1991 wird u.a. klargestellt, daß das betroffene nepalische Gebiet unter der Souveränität und der Kontrolle Nepals verbleibt.

5. Zusammenarbeit mit Indien: Die Errichtung von 17 Brücken im westlichen Sektor des Mahendra Highway zwischen Kohalpur und Mahakali soll mit indischer Hilfe vorgenommen werden.

Stellvertretend für die starke Kritik in der nepalischen Presse sollen einige Auszüge aus der Zeitung

'Samaj' vom 25. Oktober 1992 zitiert werden: "Die Erwartungen des nepalischen Volkes wurden nicht erfüllt. Die Girija-Lobby hatte erwartet, daß Indien eine Über-Land-Route zwischen Nepal und Bangladesh möglich machen würde, daß konkrete Beschlüsse hinsichtlich der Flußnavigation getroffen würden und daß nepalischen Waren, außer den in Indien verbotenen, ungehinderter Zugang zum indischen Markt eröffnet werden würde. Es war außerdem eine indische Kooperation bei der Lösung des Problems bhutanischer Flüchtlinge erwartet worden. ... Premierminister Koirala war nicht in der Lage, den indischen Premierminister zu fragen, wie sich Indien aus dem bhutanischen Flüchtlingsproblem ausklammern könne, wo doch diese Flüchtlinge aus Indien nach Nepal vertrieben worden seien. In ähnlicher Weise war er auch nicht in der Lage, das Problem jener Nepalis anzusprechen, die aus Meghalaya vertrieben wurden. ... Vereinbarungen wurden auch darüber getroffen, daß Indien die Königlich-Nepalische Armee modernisieren wird und daß terroristische Aktivitäten gegen Indien von nepalischem Territorium aus kontrolliert werden können."

In diesem Zusammenhang schrieb 'Arpan' am 23. Oktober 1992: "Nepals Sicherheit wird nun in den Händen Indiens liegen. Im Namen von Training und Modernisierung der nepalischen Armee werden indische Truppen und Waffen einen ungehinderten Zugang nach Nepal haben."

Die indischen Behörden haben erneut mit der gewaltsamen Vertreibung nepal-stämmiger Bevölkerung aus den indischen Unionsstaaten Assam und Meghalaya begonnen. Bis Anfang Oktober kamen dabei bereits 22 Personen ums Leben. Dazu gehörten drei Personen, die während des Dasain-Festes mit Kerosin übergossen und angezündet wurden. Die Folge der Gewalttätigkeiten gegen die nepal-stämmige Bevölkerung ist eine weitere Fluchtwelle von Menschen nach Nepal. Da die indische Regierung im Vorfeld des Besuchs des indischen Premierministers in Nepal die

Grenze zu Nepal schloß, staute sich der Flüchtlingstreck zeitweise in Darjeeling und Siliguri. Prof. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende des 'Forum for Protection of Human Rights' (FOPHUR), forderte die indische Unionsregierung und die Regierung von Meghalaya auf, die Menschenrechte zu achten und die Sicherheit der Menschen zu garantieren.

Nepal-Sri Lanka

Am 24./25. September besuchte Ranasinghe Premadasa, Präsident von Sri Lanka, Nepal in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender der 'Südasiatischen Staatengemeinschaft' (SAARC). Er führte u.a. mit G.P. Koirala Gespräche über SAARC-Angelegenheiten sowie über bilaterale Fragen wie die Errichtung von Botschaften in beiden Ländern, eine Flugverbindung zwischen Colombo und Kathmandu und über Handels- und Tourismusfragen.

Amnesty International

Die Polizei ging am 24. Oktober mit Schlagstöcken gegen Mitarbeiter von Amnesty International (AI), Nepal, vor, als diese versuchten, der chinesischen und der indischen Botschaft Protestschreiben gegen Menschenrechtsverletzungen in China und Indien zu überreichen. Die 'Human Rights Organization of Nepal' (HURON) verurteilte das Verhalten der Polizei vor der chinesischen Botschaft. Dort sei die Polizei mit Genehmigung der lokalen Behörden mit Schlagstöcken gegen AI-Demonstranten vorgegangen, welche gegen die Menschenrechtsverletzungen in Tibet protestierten. HURON hob hervor, daß sich die Polizei bei ähnlichen Aktionen vor der indischen und vor der amerikanischen Botschaft anders verhalten habe, und forderte eine gerichtliche Untersuchung des Vorfalls.

Angriffe auf Journalisten

Manoj K. Jha, Korrespondent des 'Samrachana Weekly', wurde am 25. September 1992 in Birganj tot aufgefunden. Nach Angaben von lokalen Journalisten aus Chandanigahapur befand sich Herr Jha auf dem Heimweg nach Birganj. Da er sich von unbekanntenen Personen verfolgt fühlte, bat er die Polizei um Hilfe. Diese begleitete ihn daher am 23. September nach Birganj. Die Nacht zum 24. September ver-

brachte er dort auf der Naguwa-Polizeistation. Einen Tag später wurde seine Leiche gefunden. Man stellte fest, daß der Tod durch schwere Folterung und elektrische Stromstöße verursacht worden war.

'Nepali Congress'

Mahendra Narayan Nidhi, Generalsekretär des regierenden 'Nepali Congress', forderte Premierminister Girija Prasad Koirala schriftlich zum Handeln auf. Er solle sich für eine sofortige Lösung im Arbeitskonflikt in der Zigarettenfabrik von Janakpur einsetzen, wo Tageslöhner nach ihrer Entlassung in einen Hungerstreik getreten waren. Unmittelbare Schritte müßten auch gegen die zunehmende Verteuerung unternommen werden; so sei dafür Sorge zu tragen, daß die jüngsten Preiserhöhungen für Gas und Dünger wieder zurückgenommen werden könnten.

Parteien

Ende September fand in Kathmandu unter Leitung von Generalsekretär Madan Bhandari ein Treffen des Nationalrates der kommunistischen NCP-UML statt. Dabei wurde ein neues Parteiprogramm angenommen, dessen Leitlinien wie folgt lauten: Opposition gegen Feudalismus und Imperialismus, Akzeptierung der Verfassung nach drastischen Veränderungen, Freiheit für alle politischen Kräfte.

Vertreter des 'Democratic National People's Forum' und der 'Internationalist Democratic Party' sowie andere Personen trafen sich in Kathmandu unter Leitung von Devendra Raj Pande, dem Finanzminister der Übergangsregierung von 1990/91, und beschlossen die Bildung einer neuen Partei.

Die 'Nepal Sadbhavana Party' kündigte landesweite friedliche Demonstrationen noch vor Beginn der Wintersession des nepalischen Parlaments an, falls in der Tarai-Region kein Rekrutierungszentrum für nepalische Soldaten eingerichtet und Hindi nicht als eine nationale Sprache anerkannt werden sollte. Bereits am 11. November kam es in vielen Gegenden des Landes zu organisierten Umzügen. In Malangwa ging die Polizei mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor und verhaftete eine Reihe von Personen, darunter Führer der Partei wie Madan Bihani Singh, Biswanath Prasad Shah und Parteisprecher Rajendra Mahato.

Am 8. November fand eine natio-

nale Sonderkonferenz der NCP-United statt. Wichtigste Entscheidung war der Zusammenschluß der Partei mit der NCP-UML. Ferner wurde ein neues elfköpfiges Zentralkomitee gebildet mit Sitananda Jha als Generalsekretär und Jitendra Dev als Sekretär. Schließlich wurde Bishnu Bahadur Manandhar, der alte Führer der Partei, aus der Partei ausgeschlossen, weil seine Aktivitäten die nepalische kommunistische Bewegung unterwanderten. Den Berichten über eine Vereinigung mit der NCP-UML widersprach jedoch Parteisprecher Chandradev Joshi und wies darauf hin, man habe tiefgreifende ideologische und praktische Differenzen mit der NCP-UML.

Die 'Nepal Communist Party (15 September 1949)', die sich von der NCP-UML abgespalten hatte, benannte sich nun in NCP (Marxist) um. Sie trägt damit wieder den Namen einer der beiden Gründerparteien der NCP-UML.

Erstmals seit dem Ende der Demokratiebewegung hielt die 'National Democratic Party' (NDP), erklärte Nachfolgeorganisation des früheren Panchayat-Systems, am 25. September eine Großveranstaltung in Kathmandu ab. Surya Bahadur Thapa und andere Parteiführer nutzten die Gelegenheit zu einer Abrechnung mit der Regierungspolitik des 'Nepali Congress'. In den Folgetagen feierte die NDP-nahe Presse die Partei als dritte politische Kraft im Lande. Oppositionszeitungen machten die schlechte Regierung- bzw. Oppositionspolitik von verantwortlich für den offensichtlichen Auftrieb der Ex-Pancha-Partei.

Dürre

Die große Dürre in einigen Teilen Nepals hat zu enormen Engpässen in der Nahrungsmittelversorgung geführt. In den 6 Tarai-Distrikten Jhapa, Morang, Sunsari, Saptari, Siraha und Udayapur konnte rund ein Viertel der Reisanbaufläche nicht bestellt werden.

Umwelt

In Anbetracht des drastischen Rückgangs der Waldbestände, der nun auch wiederholt zur Schließung von Industrieunternehmen und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen führte, hat die Regierung verfügt, daß die Holzverarbeitenden Industrien des Privatsektors zur Wiederaufforstung und zu Waldkonservierungsprogrammen zwangsverpflichtet werden.

Bhutanische Flüchtlinge

Am 19. September organisierte die NCP-UML in Kathmandu und anderen Orten Umzüge und öffentliche Veranstaltungen zur Unterstützung der Demokratiebewegung in Bhutan. Man Mohan Adhikari bot der bhutanischen Bewegung seine volle Unterstützung an und beschuldigte Indien, wegen kurzfristiger Interessen eine indifferenzierte Haltung bezüglich dieser Bewegung an den Tag zu legen. Die Demokratie in Nepal könne nicht gefestigt werden, wenn sie nicht gleichzeitig in der gesamten südasiatischen Region gefestigt werde. Daher sei die Demokratiebewegung des bhutanischen Volkes auch ein Anliegen des nepalischen Volkes.

Am 1. November wurden in den vier ostnepalischen Flüchtlingslagern von Colpath, Belgadi, Dhukurpani und Timai im Jhapa-Distrikt sowie in Pathari im Morang-Distrikt 66.183 Flüchtlinge aus Bhutan gezählt.

Die Situation in den Flüchtlingslagern sei am Beispiel Pathari verdeutlicht: Dieses Lager wurde am 11. April 1992 eingerichtet. Ein halbes Jahr später lebten dort rund 16.500 Flüchtlinge. 17 Prozent dieser Flüchtlinge sind jünger als fünf Jahre, weitere 25 Prozent sind im Sekundarschulalter. Obgleich sich internationale Organisationen wie der britische 'Save the Children Fund' und der 'Lutheran World Service' mit Hilfe der nepalischen Regierung um die Verbesserung der Sanitäranlagen bemühen, mangelt es im Pathari-Lager an Toiletten. Als Folge dieser Situation sind bereits 250 Personen gestorben. Epidemien nehmen zu. Für Trinkwasser sind 65 Wasserstellen geschaffen worden. Die Flüchtlinge klagen allgemein über den Mangel an medizinischer Betreuung und Sanitäranlagen.

Mit Hilfe von CARITAS/Nepal konnte eine Sekundarschule eingerichtet werden, wo derzeit 2.600 Jungen und 1.600 Mädchen Unterricht bis zur neunten Klasse erhalten. Es mangelt zwar allenthalben an Büchern und Räumen, doch kann CARITAS zumindest die Bezahlung von 65 Lehrern decken, welche die Kinder in drei Schichten unterrichten. INSEC ('Informal Sector Service Centre') bemüht sich zur Zeit, erneut eine internationale Juristenkommission zu entsenden in der Hoffnung, daß der Kommission diesmal nicht der Zutritt nach Bhutan verwehrt wird. Die Komms-

sion soll auch erneut die Flüchtlingslager in Indien und Nepal aufsuchen.

Ausschreitungen zwischen Hindus und Moslems

Während des Lakshmi Puja-Festes Ende Oktober kam es in Tulsipur, im Dang-Distrikt, zu Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems, die zunächst von der lokalen Verwaltung beigelegt werden konnten, nach der Verhaftung einer Person aber erneut eskalierten. Die Polizei ging mit Tränengas, Schlagstöcken und Schußwaffen gegen die Menge vor. 'Rising Nepal' sprach lediglich von einigen durch Steinwürfe verletzten Polizisten. Der Markt wurde in der Folge geschlossen und Polizei patrouillierte durch die Straßen.

Daraufhin kam es in Nepalganj zu Protestdemonstrationen gegen den Tulsipur-Zwischenfall. Einige der Demonstranten zogen zum dortigen Haus des Parlamentsabgeordneten Sushil Koirala ('Nepali Congress') und attackierten das Gebäude. Auch hier ging die Polizei mit Schlagstöcken, Tränengas und Schußwaffen gegen die Menge vor. Sushil Koirala warf den Oppositionsparteien NCP-UML, UPF und NDP vor, einen religiösen Anlaß politisch auszunutzen. In der folgenden Nacht wurden in Nepalganj einige Tempel verwüstet, was wiederum Protestdemonstrationen gegen einen derartigen Vandalismus zur Folge hatte.

Schlimme Zustände in Gefängnissen

Laut einem Bericht über die Lage in den Gefängnissen der westnepalischen Distrikte Jajarkot und Dailekh, der von Dr. Rajesh Gautam, dem Koordinator der 'Indigenous Research Collaborative' und Generalsekretär der 'Human Rights Organization of Nepal' (HURON) erstellt wurde, ist die Lage dort miserabel. Das Jajarkot Gefängnis besteht dem Bericht zufolge aus zwei Räumen und ist in vier Teile unterteilt. Zwei davon werden von der Polizei benutzt, die übrigen beiden Teile getrennt von männlichen und weiblichen Gefangenen. Frische Luft und Sonnenschein sind den Gefangenen unbekannt, da es in den Räumen keine Fenster gibt. Die Gefangenen sind genötigt, einen Abfalltopf als Toilette zu benutzen. Obgleich im jährlichen Budget 700 Rupien für Lektüre und 4.500 Rupien für Medizin vorgesehen sind,

beklagen sich die Gefangenen darüber, daß ihnen beides nicht zur Verfügung gestellt wird. Wenn Medikamente benötigt würden, erkläre die Gefängnisleitung jedesmal, die Medikamente seien auf dem Markt nicht erhältlich. Es gibt weder Möglichkeiten der Weiterbildung noch solche der Einkommensbeschaffung. Die Gefangenen berichteten, daß sie wegen unzureichender Wasserversorgung oft tagelang keine Nahrung erhielten. Außerdem haben die Gefangenen keine warmen Decken für die Wintersaison. Einmal zwang der Gefängnisleiter sie, einen Beleg über den Kauf von Decken zu unterzeichnen, doch sie haben niemals welche erhalten. Nachts gibt es kein elektrisches Licht. Mit Kerosinöl können die Gefangenen den Raum nur spärlich beleuchten. Obgleich die Gefangenen im Gefängnis eine Toilette errichtet haben, müssen sie ihre Notdurft an anderen Stellen verrichten; die Toilette wird nur von der Polizei genutzt. Die Füße der Gefangenen sind den ganzen Tag mit Eisenketten gefesselt. Die Polizei zwingt die Gefangenen, das gesamte Gefängnis zu reinigen, ohne daß ihnen dafür eine Bezahlung zukommt. Der Betrag, der für die Aufrechterhaltung des Gefängnisses zu Verfügung gestellt wird, wird von den Polizisten für ihre eigenen Belange genutzt.

Die Situation im Dailekh-Distriktgefängnis ähnelt dem Bericht zufolge der des Jajarkot-Distriktgefängnisses. Es herrscht Korruption vor und bisher ist nichts dagegen unternommen worden. So dürfen die Angehörigen der Gefangenen diese nur besuchen, wenn sie den Polizisten Geschenke mitbringen. Das Gebäude ist 120 Jahre alt und nicht ordentlich instandgehalten worden. Das Gefängnis hat drei Räume, wobei die weiblichen Gefangenen in einem gesonderten Raum untergebracht sind. Für die Wasserversorgung steht den Insassen ein Wasserhahn zur Verfügung. Sie können diesen Wasserhahn täglich jedoch nur eine Stunde lang benutzen, da die Polizei für die restliche Zeit das Wasser von außen abstellt. Es gibt keine Toilette für die Gefangenen. Die Gefangenen erklärten, die Polizei würde im Gefängnis zum Genuß von Alkohol und Drogen auffordern. Diese Dinge ließen sich die Polizisten dann von den Gefangenen bezahlen. Beklagt sich ein Gefangener bei den Polizisten, wird er nachts von ihnen aufgesucht und schwer geschlagen.